

Der Deutsche Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Erscheint jeden Freitag.

Zu beziehen durch alle Postanstalten zum Preise von Mk. 1,50 pro Quartal. Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Redaktion und Expedition:

Cöln a. Rhein, Palmstraße 14. — Telefonruf 7605.
Redaktionschluss Dienstag Mittag.

Inserate

Kosten die dreispaltige Petitzeile 30 Pfg. Stellenvermittlung und Anzeigen der Zahlstellen die Hälfte.

Nr. 5.

Cöln, den 1. Februar 1907.

VIII. Jahrgang.

Das Volksgericht.

Das es in etwa so kam, war vorauszu sehen. Keine Ver sündigung bleibt ungestraft. Und gesündigt hat die Sozialdemokratie am deutschen Volk mehr wie zuvor.

Die rote Presse hatte zu früh gejubelt. Sie glaubte die Tage von 1903 wiederholt zu sehen. Ja, der 25. Januar sollte „ein Tag des Gerichtes“ für die verlorrene bürgerliche Gesellschaft werden. In tönenden Phrasen zeigten „Vorwärts“, „Dortmunder Arbeiterzeitung“ und andere sozialdemokratische Pressezeugnisse an, daß der Tag des Volksgerichtes komme.

Er kam. Aber nicht, wie die Sozialdemokratie ihn wünschte. 56 Mandate hatte diese bei der Wahl im Jahre 1903 im ersten Wahlgange erobert. Nur 30 wurden diesmal behauptet. Anstatt wie 1903 an 118 Stichwahlen beteiligt zu sein, bleiben es nunmehr 85. Im Verhältnis zur Vermehrung der Wählerschaft und der Bevölkerung ist die Stimmenzahl der Sozialdemokratie zurückgegangen. Die Hochburgen der Partei fielen auf den ersten Schlag. Breslau I und II, Königsberg, Halle a. S., Leipzig-Stadt, Dresden I, Magdeburg sind den „Genossen“ verlorene Wahlkreise. München I und II, Frankfurt a. M., Elberfeld-Barmen, Bremen müssen sie in Stichwahlen, die dazu wenig aussichtsreich sind, verteidigen.

Die gesamten bürgerlichen Parteien aber erfuhren eine Stärkung durch die Schwächung der Sozialdemokratie. Nicht zu verkennen ist, daß die Gefühle der Heimatliebe und des vaterländischen Gedankens im deutschen Volke noch mächtige Wurzeln haben. Das deutsche Volk sieht ein, daß die Wege der Sozialdemokratie verkehrte sind. Gewiß ist der Deutsche der geborene Träumer, aber auch der Mann des Handels. Deshalb ist es ausgeschlossen, daß die sozialdemokratischen Ideen jemals im Deutschen Reich eine solche Bedeutung erlangen, daß zu ihrer Verwirklichung geschritten werden könnte. Nein, das Wesen der Sozialdemokratie, ihre stetige Arbeit ohne positive Taten, das Herunterreißen gegenseitiger Anbahnungen durch die gemeinsten Lügen und Verdrehungen, das paßt dem deutschen Michel nicht. Viel läßt er sich ja bieten, aber die Gebuld hat auch ein Ende.

Warum wir Betrachtungen über die Wahl anknüpfen? Nun unser Programm bleibt dadurch unverletzt. Aber man wisse doch, daß Sozialdemokratie und „freie“ Gewerkschaften eins sind. Die beiden vor einen Wagen gespannten Säule sind gemeinsam nicht einmal vorwärts gekommen. Die Unterstützung der Partei durch die Gewerkschaftsklassen, die Propagierung des sozial. Gedankens durch die Gewerkschaftspressen, die Aufrufe der Gewerkschaftsführer an ihre Mitglieder zur Unterstützung der Partei, alles hat nichts genützt.

Wenn die Gewerkschafts- und Parteiblätter den stütz reichenden Gedanken des Sozialismus rühmten, so beweist der Ausgang der Wahl, daß auch dieses eine Phrase ist. Den stütz reichenden Gedanken der Sozialdemokratie hat das deutsche Volk — die Kammer gestellt, weil es einsehen gelernt hat, daß es von jenen die ihn predigten, schmähslich betrogen wurde.

„Ich halte nur den für einen Sozialisten“ so erklärte der englische Arbeiterführer und jetzige Minister John Burns der Frau Lily Braun, der bekannten Sozialistin, „der seine Ideen überall zu verwirklichen sucht, der nicht die kleinste Tagesarbeit scheut, um einen Schritt breit Boden zu gewinnen. Wer nur immer zuschaut und schimpft und kritisiert und dazwischen — moralische Bomben wirft, ist nichts anderes als ein Anarchist. Mich beschimpfen meine einstigen Freunde und doch kommen sie alle zu mir, wenn sie etwas erreichen wollen und das wiegt in meinem Urteil ihr Schimpfen auf. Handeln — handeln — handeln, die anderen im Dienste unserer Ueberzeugung hineinzuwingen, das ist Politik.“

Solche Politik kennt die deutsche Sozialdemokratie allerdings nicht. Ihr Tun war Schimpfen, Kritizieren und — moralische — Bomben werfen. Das Gebuldsstrüglein des deutschen Volkes war zum Ueberlaufen voll. Nicht eine, aber auch nicht die geringste praktische Tat von allgemeiner Bedeutung, ist das Werk der Sozialdemokratie.

Sie hat das deutsche Volk zu täuschen versucht und manchmal auch zu täuschen verstanden. Im Volke selbst da wirken die Gewerkschaften. Hier ein Streit — dort ein Streit; alles zum Besten der Arbeiter. Bei genauerer Betrachtung aber kam nichts dabei heraus. Der seelische Zustand der Arbeiterschaft wurde ausgenutzt, um zu zeigen, wie die Sozialdemokratie zum Besten des Volkes kämpft. Der Erfolg: ein langer Kampf; Vergrößerung der Klassengegnung; Elend in den Arbeiterfamilien; Haß gegen alles Bestehende. Damit war das Ziel erreicht, der sozialdemokratische Geist eingeblasen.

Wo aber nicht nach der Pfeife der Sozialdemokratie getan wurde, da setzte ein müßiges Geschimpfe ein und moralische Stinkbomben kennzeichnen den Weg, den ein sozial. Geistes- oder Presseprodukt nahm.

Als heiliges Evangelium aber hochte die auf Erlösung durch den Sozialismus wartende Menge auf die Worte, die

von den Führern im Reichstage zum Fenster hinauszugehalten. Unfeuernde Worte aber werden zu Taten, und Tage wie die der Breslauer Krawalle zeigen den Weg der sozialdemokratischen Gedanken zu seiner Verwirklichung. Wenn Breslau heute für die Sozialdemokratie verloren ging, so setzte man dieses auf das Konto der bei manchem Wähler wieder eingekehrten ruhigen Denkart.

Nur ein Volk von Idioten wird sich dauernd von der Sozialdemokratie umgarnen lassen. Ein alter Bekannter gab uns noch jüngst den Rat, allen jenen, die ein gesundes Denkvermögen besäßen und zur Sozialdemokratie hineigten, längere Zeit die sozialdemokratische Tagespresse zuzustellen. Es sei dies das beste antisozialistische Mittel. Viel wahres liegt unweifelhaft in den Worten. Derjenige, der nichts weiter liebt als sozial. Zeitungen und dabei die notwendige Rationität besitzt, wird mit der Zeit ein rabiater „Genosse“ werden. Der denkende Mensch aber fühlt sich angewidert von all dem Haß, der Niedertracht, der Falschheit, der Demagogie, die in der roten Presse zu finden ist.

Das Volksgericht kam deshalb nicht unerwartet. Das deutsche Volk und die deutsche Arbeiterschaft ist es satt, dem roten Bramarbas nachzulaufen.

Wenn die Sozialdemokratie auf der ganzen Linie zurückgeworfen wurde, so vergesse man nicht, daß die christliche Arbeiterbewegung ihr redlich Teil dazu beigetragen hat. Seitdem sie vorhanden ist, ist durch ihre Aufklärungsarbeit das Vertrauen zur Sozialdemokratie im Schwinden begriffen. Die christliche Arbeiterbewegung hat der Arbeiterschaft gezeigt, daß sie nicht sozialdemokratischen Utopien huldigen muß, wenn sie vorwärtskommen will. Handeln, handeln, ist bei der christlichen Arbeiterbewegung alles. Darum auch das ihr entgegengebrachte Vertrauen der Arbeiterschaft.

Auch das Bürgertum schöpft durch sie neuen Mut. Nicht mehr ist es die Sozialdemokratie allein, die Arbeitermassen hinter sich hat. Die christliche Arbeiterbewegung, die nicht Umsturz, sondern Reform der heutigen Gesellschaft will, marschiert.

Noch eins! Der Zufall will es, daß sozialdemokratische Arbeiterführer den Reichstag verlassen, an ihre Stelle aber christliche treten. Ein Beweis dafür, daß die Haltung der christlichen Gewerkschaften in politischen Dingen die richtige ist. „Politische Betätigung in den verschiedensten Parteien außerhalb der Gewerkschaften“ hat der christlichen Arbeiterbewegung diesen Erfolg verschafft.

„Freie“ Gewerkschaften und Sozialdemokratie aber, die so oft verbündet und nunmehr ganz eins sind, haben erfahren, daß mit Janf, Stank und Theorien das Volk nicht zu befriedigen ist. Das Volksgericht hat gesprochen.

Was muß ein Arbeiter verdienen, um standesgemäß leben zu können?

W. B. Oft schon mußte in unserem Verbands bei Abschluß von Tarifverträgen resp. bei Festsetzung von Löhnen für unsere Mitglieder konstatiert werden, daß auf Seiten der Arbeitgeber gar kein Verständnis für die Notwendigkeit einer bestimmten und entsprechenden Lohnhöhe zu finden war. Und doch dürfte man von einem Arbeitgeber annehmen, daß er an seinem Haushalte berechnen kann, was der Arbeiter als Bezahlung für seine geleistete Arbeit fordern muß, um die Kosten seines Haushaltes bestreiten zu können.

Es ist schon viel über „gerechten Arbeitslohn“ geschrieben und der Grundsatz aufgestellt worden: Der Arbeiter muß für seine angestrebte Tätigkeit eine Bezahlung erhalten, die es ihm ermöglicht, sich und die Seinen standesgemäß ernähren zu können.

Da wirft sich nun wohl die Frage auf: Wie hoch muß denn im obigen Sinne diese Bezahlung sein?

In Folgendem sei an Hand eines genau geführten Haushaltungsbuches zur Beantwortung dieser Frage beigetragen. Man ziehe in Berechnung einen jungen Haushalt von drei Personen, Mann, Frau und ein Kind, wohnend in einer Großstadt.

Das Haushaltungsbuch der in Frage kommenden Familie weist für 1906 folgende Posten auf:

1. Wohnungsmiete	330,00 Mk.
2. für Feuerung	98,60 „
3. an Steuer	11,18 „
4. Haushaltungsgeld für die Frau	332,00 „
5. Unkosten anlässlich einer Geburt	52,38 „
6. an Kleidung	137,60 „
7. für Anschaffung im Haushalte notwendiger Gebrauchsgegenstände	50,48 „
8. an Beiträgen für Verband u. konf. Vereine	43,20 „
9. Taschengeld anlässlich besuchter Versammlungen	36,55 „
10. an Taschengeld für den täglichen Gebrauch	33,34 „
11. Reisegeld	45,00 „

12. für Porto und Schreibmaterial	6,40 Mk.
13. für Anschaffung von Handwerkszeug	99,60 „
Summa	1771,33 „

Bei einem tariflich festgelegten Lohn von pro Stunde 0,55 Mk. hätte der Ernährer dieser Familie nach Abzug von Beiträgen zur Kranken- und Invalidenversicherung pro Tag 4,74 Mk. oder das Jahr zu 300 Arbeitstagen gerechnet, 1422 Mk. zu beanspruchen. Demgemäß ist eine Mehrausgabe von 349,33 Mk. zu verzeichnen. Wir wollen deshalb untersuchen, wo und wie der Betreffende hätte sparen können oder besser müssen.

Als erster Posten Wohnungsmiete, sind 350 Mk. verbucht. Hierzu sei festgestellt, daß für eine einigermaßen anständige Wohnung in einer Großstadt ein derartiger Preis bezahlt werden muß. Unweifelhaft hat aber auch der Arbeiter einen Anspruch auf solche.

Zweiter Posten: Feuerung 98,60 Mk. Ein jeder rechnende Mensch wird zugestehen müssen, daß bei den hohen Kohlenpreisen auch diese Summe keinen Abstrich erleiden kann.

11,18 Mk. für Steuer. Diese ist den Steuerjägern anderer Städte gegenübergestellt, ziemlich niedrig.

Haushaltungsgeld der Frau 332,00 Mk., macht pro Woche 16 Mk. Es sei den Kollegen überlassen, darüber zu urteilen, ob unter gegebenen Verhältnissen hier der Blaustift angewandt werden darf. Soviel aber steht fest: Der Arbeiter, dessen Kräfte den ganzen Tag bis auf die Höchsteleistung angespannt sind, muß, um dem vorzeitigen Kräfteverbrauch vorzubeugen, eine kräftige Nahrung zu sich nehmen und die Frau als Mutter würde ihrer Pflicht bei ungenügender Nahrung nicht nachkommen können.

Fünfter Posten: Unkosten anlässlich einer Geburt, entstanden durch Arzt und Wärterinrechnung, mußte einfach beglichen werden.

Für Kleidung sind 137,60 Mk. ausgegeben worden und dies bei einer dreiköpfigen Familie. Diese Ausgaben beschränken sich lediglich auf notwendige Ausgaben und ist als bestimmt anzunehmen, daß sich diese Summe in späteren Jahren bei vermehrter Kinderzahl mindestens wiederholen wird. 50,48 Mk. für im Haushalte notwendige Gebrauchsgegenstände. Auch dieser Posten läßt sich nicht so ohne weiteres aus dem Budget streichen, da bekanntlich einige Haushaltungsgegenstände der Abnutzung unterliegen, andere dagegen infolge ihrer Zerbrechlichkeit ersetzt werden müssen.

Nun kommt ein Posten an Beiträgen für Verband und konfessionelle Vereine 43,20 Mk., von dessen Notwendigkeit ein denkender Arbeiter überzeugt sein muß.

36,55 Mk. ausgegeben an Taschengeld bei Versammlungsbesuchen.

Der Notwendigkeit der Zugehörigkeit zur Organisation und den konfessionellen Vereinen folgt die Pflicht des Versammlungsbefuches und wer wird bei obiger Summe von einer Verschwendung reden können, oder auch nur von unnötigen Ausgaben. Humal, wo wegen des weiten Weges auch noch die Taschen der Straßenbahnfahrer gefüllt werden müssen. Zum zweiten Posten an Taschengeld 33,34 Mk. ist zu bemerken, daß hierbei auch die Kosten für Haarschneiden und Rasieren mit 11,45 Mk. verrechnet sind und dann leicht festzustellen ist, daß man mit pro Jahr 21,89 Mk. Taschengeld schon ein Abtünlerleben führen muß.

An Reisegeld 45,00 Mk. verbucht unter Posten 11. Wer fühlt nicht das Verlangen, nach jahrelanger Irerung, seine Leuren in der Heimat wieder zu sehen? So finden wir es hegreiflich wenn, um diesem Verlangen nachzukommen 45,00 Mk. ausgegeben wurden.

Für Schreibmaterial und Porto 6,40 Mk. — Auch hierbei kann es sich nicht um unnötiger Weise ausgegebenes Geld handeln.

Den Schlussposten der Jahresrechnung bilden 99,60 Mk. für Anschaffung von Handwerkszeug. Wenn auch angenommen werden muß, daß diese Summe sich in den nächsten Jahren nicht in gleicher Höhe zu wiederholen braucht, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß es den Tischlergehilfen von der in Betracht kommenden Stadt fast unmöglich gemacht ist, ihr Handwerk ohne wenigstens etwas eigenes Handwerkszeug ausüben zu können.

Es sei nun jedem Leser überlassen zu untersuchen und festzustellen, wo und wie in dem betreffenden Haushalte gespart werden konnte oder mußte; auch mag der Leser feststellen, ob unter den gegebenen Verhältnissen ein tariflich festgelegter Lohn von pro Stunde 0,55 Mk. als „gerechter Arbeitslohn“ bezeichnet werden kann.

Im Interesse unseres Standes und somit unserer selbst aber dürfte es von größter Wichtigkeit sein, wenn sich die Kollegen jedes Jahr der Mühe, die mit der Führung eines genauen Haushaltungsbuches verknüpft ist, unterziehen. Vielleicht ist in dem Moment, wo die Arbeitgeber, wenn die Arbeiter mit Lohnforderungen an sie herantreten, sich nicht genug über die unveranschämten Forderungen entäußern können, eine derartige Statistik geeignet, diesen den Mund zu stopfen. Versuchen wir es wenigstens, an Hand solcher Haushaltungsbücher, die Arbeitgeber davon zu überzeugen.

Jung ist fernhalten von Schreibern nach Berlin, Neu-
stadt, Ober-Schlesien (Aug. Habel), Frankfurt a. M. (Kantel),
Hoff a. M., von Bürsten- und Pinselmachern nach
Wiesbaden, Niederrhein, von Stellmachern nach Elm (Elektro-
monteur H. Scheele.

Der Kampf in Berlin hat bisher keinen größeren Um-
fang angenommen. Bemerkenswert ist jedoch, daß der Arbeit-
geber-Schutzverband nunmehr beschlossen hat, auch die Mit-
glieder unseres Verbandes zu entlassen. Die „Fachzeitung“
hat den Arbeitgebern folgende Anweisung:

Seit Sonnabend den 12. Januar 1907 waren alle Tischler,
Kocher, Drechsler, Maschinenarbeiter und andere Arbeiter, welche
dem Holzarbeiter-Verbande oder dem Fachverein der Tischler an-
gehören zu entlassen. Nachdem nunmehr aber der Verband christ-
licher Holzarbeiter sich mit dem deutschen Holzarbeiterverbande
als solidarisch erklärt hat, sind auch alle dem genannten Verbande
als Mitglieder angehörende Arbeiter der bezeichneten Branchen
zu entlassen. — Mitglieder anderer Organisationen, z. B. des
Gewerkschaftsvereins der Tischler (Hirsch-Dunker) und des katholischen
Arbeiter-Verbandes (Facharbeiter), sowie nicht organisierte Arbeiter
sind nicht zu entlassen.

Mit dieser Bekanntgabe macht sich der Arbeitgeber-
Schutzverband selbst etwas weis. Von einem „solidarisch er-
klärten“ mit dem sogd. Verbande kann bei unserem Verbande
gar keine Rede sein. Unser Verband müßte ja aus den
wichtigsten Tölpeln bestehen, wenn dieses der Fall wäre. Nach-
dem der sogd. Verband ein Verhandeln mit den Arbeitgebern
im Weisheit eines Vertreters unseres Verbandes abgelehnt hat,
wäre ein Bündnis mit den „Genossen“ gleichbedeutend mit
dem Rücken des Abganges, der eben noch getreten hat. So
viel Verständnis müßten denn doch auch die Leiter des Ar-
beitgeber-Verbandes haben.

Was den Zentralverband christlicher Holzarbeiter bestimmte,
auch den Kampf aufzunehmen, war die Tatsache, daß zahl-
reiche Arbeitgeber entgegen ihrem eigenen Beschlusse handelnd,
auch seine Mitglieder ausperreten. Bei einem solchen Ver-
halten der Arbeitgeber konnte bei uns von einer Passivität
selbstverständlich keine Rede mehr sein. Festgestellt muß aber
ausdrücklich werden, daß unser Verband keine Ursache hat,
sich hinzusehen wie seine Mitglieder ohne Grund auf das
Straßenpflaster gemorren werden, ohne geeignete Maßnahmen
zur Abwehr eines solchen Zustandes zu treffen. — Zur besseren
Durchführung des Kampfes hat der sogd. Verband beschlossen,
daß jedes in Arbeit bleibende Mitglied einen Extrabeitrag
von 1 Mk. pro Woche zu leisten hat. Der Gesamtwochen-
beitrag beträgt somit 1,90 Mk.

Kündigung des Tarifs der Tapezierer in Essen. Nach
dem „Correspondenz-Blatt“ des sogd. Verbandes der Tapezierer
haben die Essener Tapezierer-Kollegen den dortselbst bestehen-
den Vertrag gekündigt. Eine am 16. Dezember v. J. statt-
gefundene öffentliche Versammlung der Kollegen einigte sich
auf folgende Resolution:

Die am 16. Dezember in Essen (Ruhr) tagende öffentliche
Tapeziererverammlung erklärt den bestehenden Tarif als nicht
mehr ausreichend. Besondere Berücksichtigung verdient die Lohn-
frage, die Löhne sind den neuen Lebensverhältnissen anzupassen.
Sämtliche hier anwesenden Kollegen versprechen mit aller Energie
für den weiteren Ausbau der Organisation einzutreten, um einig
geschlossenen und wirkungsvollen für die neuen Forderungen ein-
zutreten zu können. Weiter ist sofort von den beteiligten Organisationen
eine Lohnkommission von 7 Kollegen zusammen zu setzen, welche
alle vorbereitenden Schritte zur Kündigung des alten Tarifs und
zur Ausarbeitung von neuen Forderungen unternimmt. Zu ge-
eigneter Zeit nimmt wieder eine öffentliche Tapeziererverammlung
Sitzung zu dem neuen Entwurf.

Der von der gewählten Lohnkommission auszuarbeitende
Tarif, soll namentlich folgende Verbesserungen enthalten: Er-
höhung des Minimallohnes auf 42 Pfg. pro Stunde im ersten
und 45 Pfg. im zweiten Jahre nach vollendeter Lehrzeit;
Samstags vor den hohen Festtagen zwei Stunden eher Feier-
abend bei voller Bezahlung; Aufschlag auf die bestehenden
Löhne von 5 Pfg. pro Stunde.

Berichte aus den Zahlstellen.

Münster. Sonntag den 13. Januar fand unsere General-
versammlung statt. Dieselbe hätte in Anbetracht unserer großen
Mitgliederzahl besser besucht sein können. Aus dem vom Vor-
sitzenden verlesenen Jahresberichte war zu entnehmen, daß die
Zahlstelle Münster in ihrem inneren Ausbau wohl Fortschritte zu
verzeichnen hatte; besonders ist hier zu erwähnen, das unter vielen
Schwierigkeiten errichtete Gewerkschaftsbureau, sowie ein gut ge-
legenes Vertrauensmännertreffen, dank dessen und der geregelten
Beitragszahlung unserer Mitglieder die Zahlstelle Münster i. B.
den zweiten Platz im ganzen Verbande behauptete (F. D. Red.) Dieser
erfreulichen Tatsache entsprechen aber nicht die Erfolge nach außen
hin, in der Agitation. Es muß hier noch vieles geleistet werden.
Es sind in hiesiger Stadt noch mindestens hundert indifferente
Kollegen zu gewinnen; auch ist es eine Pflicht, namentlich der
älteren Kollegen, mit manchen Uebelständen auf den Werkstätten,
besonders den seitigen Schnapsständen einmal gründlich aufzu-
räumen. Die Abrechnung für das IV. Quartal 1906 lag bereits
vor und wurde dieselbe genehmigt. Bei der darauf folgenden
Vorstandswahl wurden sämtliche Kollegen bis auf 2 wieder ge-
wählt. Kollege Hefling als 2. Vorgesender scheidet aus und wurde
auf seiner Kollege Regel gewählt. Ebenso wurde Kollege
Bendtholt an Stelle des Kollegen Schäfer als Beisitzer gewählt.
Sollen die Kollegen in Münster weitere Erfolge erzielen, dann
muß für dieses Jahr die Parole sein: Alle Mann in den Zentral-
verband christlicher Holzarbeiter!

Nachh. Am 20. Januar fand unsere Generalversammlung
statt. Zuerst erstatteten Schriftführer und Kassierer Bericht. Aus
dem Bericht des Kassierers ist von Interesse, daß der Lokalkassen-
bestand 982,46 Mk. beträgt. Der Vorgesende gab den Bericht
über die Tätigkeit der Zahlstelle im Jahre 1906. Das Jahr habe
unter dem Zeichen der Verbandsratsbeschlüsse gestanden. Beitrags-
erhöhung und Ausbau des Unterstützungsweises seien zwei wichtige
Faktoren gewesen, die für den ganzen Verband von einschneidender
Bedeutung waren. Leider habe man bei der Durchführung der
Verbandsratsbeschlüsse die Erfahrung gemacht, daß die weniger
erschuldeten Kollegen der Durchführung Schwierigkeiten gemacht hätten.
Schulung auf allen Gebieten des gewerkschaftlichen Lebens mußte

die Parole für 1907 sein. Erfahrungsgemäß sei auch mit unge-
schuldeten Kollegen bei Lohnbewegungen wenig zu erreichen. Nebner
führte als Beispiel zwei Bewegungen bei einer hiesigen Firma an.
Die erste derselben sei durch die schwankende Haltung der Be-
teiligten nahezu ergebnislos verlaufen, während die Maßnah-
menarbeiter desselben Betriebes durch ihr geschlossenes Vorgehen die
Erfüllung ihrer Forderungen erreicht hätten. Auf verschiedenen
Werkstätten seien durch das geschlossene Vorgehen unserer Kollegen
Lohnserhöhungen erzielt worden. Das Verhältnis zu den Gegnern
sei in diesem Jahre ein nicht so gutes gewesen wie in den Vor-
jahren. Die Arbeitgeber seien ebenfalls an der Arbeit, um ihren
Schutzverband zu kräftigen. Alle diese Aufgaben müssen zu einem
noch kräftigeren Zusammenschluß dringen. Deshalb nochmals:
Schulung durch besseren Versammlungsbesuch, Heranziehung der
Indifferenten zum Verbande, mannhaftes Auftreten gegenüber dem
Gegner. Die Vorstandswahl brachte keine wesentliche Neuerungen.
Wir hoffen, daß die Nachener Kollegen dem oben Gesagten zu-
stimmen und kräftig an dem weiteren Ausbau der Zahlstelle mit-
arbeiten werden.

Nachh. Burtscheid. Wiederum ist ein Geschäftsjahr unserer
Zahlstelle verfloßen, und hatten wir allen Grund einen Rückblick
auf dasselbe zu werfen. War es doch ein Jahr des Aufstrebens
und der Reorganisation unseres ganzen Verbandes. Aber auch
war es ein Jahr, in dem besonders die Zahlstelle Burtscheid und
deren Mitglieder zeigen konnten, ob sie den Gedanken der christl.
Arbeiterbewegung erkannt und somit gewillt waren, Opferfreudigkeit
im Interesse unserer Sache wachen zu lassen. Im ersten
Halbjahre wurde der Wochenbeitrag zweimal durch Lokalkassulage
erhöht. Der 4. Verbandstag brachte uns bei Neuregelung des
Unterstützungsweises den durchaus notwendig gewordenen 50 Pfg.
Wochenbeitrag. Ein Antrag auf Erhebung des 60 Pfg. Beitrag
wurde mit knapper Majorität abgelehnt. Jedoch sind wir am
Schlusse des Jahres durch die Zentralisation verschiedener Zahl-
stellen des Nachener Bezirkes bei einem günstigen Abstimmungs-
resultate auch hierzu gekommen, und wird der 60 Pfg. Beitrag
vom 1. Februar an erhoben. Alles dieses hat unsere Kollegen
nicht mangelnd gemacht. Wenn auch einige uns untreu ge-
worden, die allzusehr das materielle im Auge hatten, so haben
wir auch immerhin eine Mitgliederzahl zu verzeichnen. Dieses
läßt uns mit neuem Mut das neue Geschäftsjahr beginnen, ge-
stützt auf eine festgeschlossene Mitgliederzahl und einer durch die
erhöhten Beiträge gestärkten Kasse. Nur eines wäre zu wünschen
und zwar, daß die Kollegen zahlreicher wie bisher die Versam-
lungen besuchten. Der Besuch der Generalversammlung ließ be-
sonders viel zu wünschen übrig. Es ist nicht nur Pflicht eines
Gewerkschaftlers pünktlich die Beiträge zu zahlen, sondern auch
die Versammlungen regelmäßig zu besuchen.

Mannheim. Unsere diesjährige ordentliche Generalversam-
lung, die am 19. Januar stattfand, hatte erfreulicher Weise im
Gegensatz zu den andern Mitgliederversammlungen wieder einmal
eine stattliche Besucherzahl aufzuweisen. Es zeigte doch dieses den
Geist, der in der Zahlstelle herrscht und das Interesse, welches
man der Sache entgegenbringt. Der Ruf „Generalversammlung“
allein muß doch schon genügen, um alle Gleichgültigen aufzurütteln.
Soll es doch die Erfahrungen des verfloßenen Jahres zu erörtern
und daraus zu lernen, das erlebte Unangenehme nächstens zu ver-
meiden und das Gute zu erfassen. Sitt es doch auch, verschiedene
sonstige wichtige Punkte, die maßgebend und stichhaltig sind, für
ein ganzes Jahr festzulegen. Die an alle Mitglieder gelangte Ein-
ladung mit der Bekanntgabe der Tagesordnung: Neuwahl des Vor-
standes, Beitragshöhung, verfehlte ihren Zweck nicht. Mit
Freude und voller Gewerkschaftsbegeisterung können wir auf den Verlauf der
Generalversammlung zurückblicken. Bei der Vorstandswahl ergab
sich, daß an Stelle der beiden ausgeschiedenen arbeitsfreudigen
Mitgliedern Gehrig und Dähler die Kollegen Satteln und Duffin
traten. Die Beitragshöhung um 10 Pfg. wurde mit allen gegen
2 Stimmen angenommen. Wir wollen hoffen, daß auch im sogd.
Jahre die Geschäfte des Verbandslebens flott von fluten gehen.
Bei diesem Punkte bedarf der Vorstand der opferfreudigen Mit-
hilfe sämtlicher Mitglieder der Zahlstelle. Ein jeder nehme gern
den ihm angebotenen Posten als Vertrauensmann an, ja es sollte
nicht jeder warten so lange, bis ihm ein solcher Posten angetragen
resp. aufgedrängt wird, sondern ein jeder dränge darauf, ein solches
Ehrenamt zu bekleiden, und dann dasselbe auch so gewissenhaft
als möglich auszuführen. Kollegen erkennen und erfaßt den Ernst
der Zeit und handelt darnach. Es ist noch viel Arbeit, sehen wir
uns nur um, wie einerseits viele bereits im Verbande sind und
trotzdem an keiner Versammlung erscheinen. Es zeigt dieses Ver-
halten doch zu deutlich, wie not die Aufklärung tut. — Die Mit-
gliederzahl hat trotz der großen Gegnerschaft anders organisierter
Kollegen doch merklich zugenommen. So muß es sein und bleiben.
Geben wir uns der besten Hoffnung hin, daß wir immer mehr
innerlich wie äußerlich erstarren. Die Kraft kann den nötigen
Waffen werden uns hier ja so reichlich geboren in dem Unterrichts-
kurse der hiesigen vereinigen christl. Gewerkschaften auf, den auch
an dieser Stelle besonders hingewiesen sei. Wir müssen stets von
den Gegnern ringsum, an denen es uns hier nicht fehlt, immer
respektiert werden. Drum auf Kollegen zu jeder Versammlung.
Die Parole heißt: „Vorwärts im Sturmschritt, Stillstand ist
Rückschritt“.

Schramberg. Unsere am 13. Januar stattgefundene General-
versammlung bejahte sich hauptsächlich mit der Wahl der Vorstand-
schaft und der Einführung eines Lokalkassentages. Letzterer wurde
zwar nach den Ausführungen des Kollegen Hoffmann von den
Mitgliedern für notwendig anerkannt, durch die Abstimmung aber
auf Grund der Beschäftigung abgelehnt. Die Wahl wurde auch dies-
mal, soweit es die Kräfte unserer Zahlstelle erlaubten, gut ge-
troffen, so daß wir einem erfolgreichen Jahre entgegen blicken
können. Es wurde dann noch auf verschiedene Punkte, besonders
auch auf die bevorstehende Gewerkschaftswahl hingewiesen.

Eilenburg. Infolge der Beitragshöhung hat sich unsere
Mitgliederzahl im vorigen Jahre nicht halten können. Wir hoffen
jedoch, daß trotz des verhaßten Bodens, den wir hier zu be-
ackern haben, uns im laufenden Jahre ein besserer Erfolg beschieden
ist. Bereits haben wir einige Ueberreste vom sozialdemokratischen
Verbande zu verzeichnen. Auch der hier bestehende evangelische
Arbeiterverein läßt uns agitatorische Unterstützung für die christl.
Gewerkschaftsbewegung erwarten.

Bamberg. Unsere geläufige Vorstandswahl brachte keine
wesentlichen Veränderungen. Es darf wohl von den Kollegen
erwartet werden, daß sie im laufenden Jahre mit Energie an der
Erhaltung der Zahlstelle arbeiten. Große und ernste Aufgaben
hatten unser. Es gilt unser eigenes Wohl, das Wohl unserer
Familie. Es gilt für die Zukunft, für eine feste gesicherter Existenz
zu sorgen. Die Lage der Holzarbeiter in Bamberg ist durchaus
keine rosig. Im Gegenteil sie bedarf noch dringender der Auf-
besserung. Bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse werden wir
aber nur einzig und allein durch eine stark wohlausgebaute
Organisation erreichen. Darum Kollegen: Auf zur Arbeit! Auf
zur Agitation! Aufgewacht aus der bisherige Gleichgültigkeit!

Weg mit der Interessenlosigkeit! Weg mit dem alten Schlenkerian-
Bedenkt, daß nur eine stark wohlausgebaute Organisation im
Stande ist, jedem einzelnen Schutz und Hilfe zu gewähren, sowie
für die Interessen der Gesamtheit der Arbeiterschaft einzutreten
Unsere Lösung muß im neuen Jahre sein: „Vorwärts!“

Braun. Der in unserer Generalversammlung erstattete Bericht
zeigte, daß auch im Jahre 1906 in unserer Zahlstelle gut gearbeitet
worden ist. Besonderen Anklang fanden die Beschlüsse des Ver-
bandsstages. — Die Vorstandswahl ergab als Resultat, daß bis-
her am Ruder tätigen Kollegen wiedergewählt wurden. — Die
Versammlung nahm auch Kenntnis von dem Verhalten der rot
organisierten Zimmerer, die keinen christlich organisierten neben
sich dulden. Sie scheuen, um mit den Christlichen nicht zusammen
zu arbeiten, selbst vor deren Vorkommnisse nicht zurück. Der
Geldes für Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit steht ein solches
Beginnen sehr ähnlich. Des weiteren wurde Aufklärung gegeben
über eine in Nachen stattgefundene Versammlung der Innungs-
meister. Diese hat sich dahin ausgesprochen, daß bei einer Lohn-
forderung im Nachener Schreinerergewerbe ganz energisch Front
gegen die Gesellen gemacht werden müsse. Für unsere Kollegen
ist dieses ein Fingerzeig, mit aller Macht an dem Ausbau unseres
Verbandes zu arbeiten.

Einismacher.

Pforzheim. Langsam aber sicher ist auch unsere Zahlstelle
in die Höhe gekommen. Die Einismacher am hiesigen Plage
haben endlich eingesehen, daß sie nur durch den Verband ihre
Lage zu verbessern vermögen und deshalb hat sich auch schon eine
größere Anzahl dieser Kollegen unserm Verbande angeschlossen.
Aber noch steht ein großer Prozentsatz jeder Organisation fern,
noch betrachten sie die schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse
als etwas selbstverständliches. Wo ist da das Berufsinteresse?
Deshalb ihr Einismacher von Pforzheim und Umgebung, die ihr
auch zum größten Teil noch keiner Organisation angeschlossen
habt, tretet ein in die Reihen des Zentralverbandes christlicher
Holzarbeiter, damit auch für euch einmal eine wirkliche Verbesserung
geschafft wird. Die Erfolge, die unser Verband in den letzten
2 Jahren, besonders auch im Schwarzwalde erzielt hat, dürften
auch euch nicht gleichgültig sein. Deshalb alle Mann an Bord,
wenn ihr euch in Zukunft mit den Kollegen anderer Branchen
messen wollt. Daß die bereits organisierten Kollegen Interesse
am Verband besitzen und Vertrauen zu einander haben, zeigt am
besten unsere am 20. Jan. d. J. abgehaltene General-Versam-
lung, in der die alte Vorstandschafft wieder neugewählt wurde, mit
Ausnahme des Kollegen Wiesberger, der die Wiederwahl zum
Schriftführer nicht mehr annehmen konnte. Die christl. organi-
sierten Holzarbeiter Pforzheims sind sich ihrer Lage bewußt und
werden stets bereit sein ihre Interessen zu vertreten. Kollegen,
fröhlich ans Werk im neuen Jahre und wir werden eines erfol-
reichen Zukunft entgegensehen.

Gewerkschaftliches.

Erhöhte Opferwilligkeit. Der Arbeitgeber-Schutzver-
band der deutschen Tischlermeister trägt sich mit der Idee
einer Kiesenabscherrung in der Holzindustrie. Der Berliner
Kampf soll die Handhabe dazu bieten. Bereits sind eine An-
zahl Städte zu verzeichnen, wo die Arbeitgeber an unsere
Kollegen zwecks Abschlußes eines Tarifvertrages heranzutreten
sind. Zweifellos geht man mit der Absicht um, ähnlich wie
in Berlin, beim Nichtabschluß eines Vertrages, auszusperrten.
Solches muß uns an eine erhöhte Opferwilligkeit erinnern.
Namentlich ist den Lokalkassulagen eine erhöhte Bedeutung beizumessen.
Noch sind im Verbande eine ganze Anzahl Zahl-
stellen, die sich zu der Einführung eines solchen noch nicht
entschlossen haben. Wenn auch die Zentralkasse für die
Unterstützungen aufzukommen hat, so darf doch nicht vergessen
werden, daß gerade in bewegten Zeiten dem Verbande
Kollegen zuströmen, für welche auf Grund ihrer kurzen Mit-
gliedschaft die Zentralkasse keinerlei Verpflichtungen hat.
andererseits aber, insbesondere den verheirateten Kollegen,
ein Zuschuß aus der Lokalkasse stets gelegen kommt.

Der christliche Holzarbeiterverband der Schweiz, hält
am 16. und 17. März d. J. in Luzern seinen Verbandstag
ab. Für den sich gut entwickelnden Verband dürfte die
Lagung von größter Bedeutung sein. Das Verbandskomitee
stellt u. a. folgende Anträge: Beitritt zum Zentralverband
der christlichen Gewerkschaften der Schweiz. Definitive An-
stellung eines Sekretärs. Revision des Wanderunterstützungs-
reglements. Auszahlung nach Kilometern. Obligatorische
Beitragsleistung sämtlicher Verbandsmitglieder. Einteilung
in Bezirke. Eigenes Verbandsorgan, respektive Beanspruchung
einer eigenen Seite im „Gewerkschaftler“.

Sozialdemokraten als Arbeiter. „Den Himmel auf
Erden“ versprechen die Sozialdemokraten den Arbeitern, wenn
dafür gejort werde, daß sie aus Ruder kämen. Einen Vor-
geschmack dieser Himmelstreu haben bekanntlich die Vor-
wärtsredakteure, die Schriftföher und Buchdrucker des „Vor-
wärts“, die Arbeiter des Kollwagenschen Berges in Augs-
burg, sowie diejenigen des Karlsruher „Volkfreund“ schon
langst erhalten. Ihre Klagen über „unerhörte Ausbeutung“,
„unmenschliche Behandlung“ sind ja noch in frischer Erinnerung.
Da bringt schon wieder ein Klageklieb über sozialdemokratische
Ausbeuter an die Öffentlichkeit. Diesmal ist es zur Ab-
wechslung eine Zigarettenfabrik und zwar die Genossenschafts-
Zigarettenfabrik in Hanau. Die „himmellichen“ Zustände in
derselben wurden in einer Werkstättenversammlung besprochen,
über welche das Organ des sozialdemokratischen Tabakarbeiter-
Verbandes in Nr. 50 v. J. berichtete:

Kollege Eimon legte klar, welche Zustände herrschten betr.
des schlechten Materials und der Behandlung der Arbeiter von
Seiten des Meisters Schmidt. Der Lohn betrage wegen des
schlechten Materials nur noch 15—17 Mk.; 20 Mk. könne nur
ein fester Arbeiter verdienen, auch Verdienste von 11—18
Mk. sei kommen vor. Die Winkelmacher hätten früher 1000—1200
Mk. Geld gemacht, jetzt bräuchten sie es nur auf 600 Mk. und Tag,
deshalb wollten sie die Arbeit niederlegen.

Deichmann, der Vorgesende des roten Verbandes führte
dann folgendes aus:
Die Genossenschaft sei bald mit Privatunternehmern gleichzu-
stellen, da dieselbe ihre Löhne nur dahin verlegte, wo die Arbeits-

löhne billiger seien als in Hamburg, wo sie 11-12 Mk. Arbeitslohn pro Wille bezahlte; deshalb wäre sie nach Frankenberg, Ludwigsberg, Siehe und Hanau verzogen, wo sie nur 8-8,50 Mk. pro Wille bezahlte. Auch nach Hakenheim in Baden wollte sie gehen, wo der Arbeitslohn nur 32-35 Pf. für 100 Zigarren wäre. Das wäre doch das größte Unrecht von der Welt, da doch der Minimallohn 8 Mk. pro Wille betrage. Ferner habe Genosse v. Elm den Leuten, damit sie etwas mehr verdienen sollten, eine Zulage gemacht, und zwar in Gestalt einer halbstündigen Verlängerung der Arbeitszeit.

Kollege Jung meinte, es wären schon aus anderen Fabriken Bildhauerinnen gewillt gewesen, in der Genossenschaft zu arbeiten, hätten aber des schlechten Materials und der Behandlung halber nicht angefangen. Auch hätten in der kurzen Zeit des Bestehens der Filiale schon 60 Arbeiter der Fabrik wieder aufgehört. Das wäre doch kein gutes Zeichen.

Diese Schilderung des sozialdem. Gewerkschaftsblattes zeigt aufs neue, mit welchem Recht sich die Sozialdemokraten als die einzig wahren Arbeitervertreter aufspielen. Der „Unternehmerprofi“ geht ihnen über alles. Zu dem Zweck werden den Arbeitern „Hungerlöhne“ gezahlt und als gerechter Ausgleich die Arbeitszeit eine halbe Stunde verlängert. Reiter „Himmel auf Erden“.

Die christlichen Gewerkschaften eine Macht. Wohl nirgends war bisher eine selbständige Arbeiterbewegung verpönter als im Königreich Stumm. Trotzdem ist es der christlichen Gewerkschaftsbewegung dort gelungen, sich Eingang zu verschaffen. Der christliche Metallarbeiterverband hat durch seinen Kampf auf der Burbacher Hütte der gesamten Arbeiterschaft in Saarabien das Koalitionsrecht erkämpft. Heute aber sind die christl. Gewerkschaften dort bereits so stark, daß sie selbst in den politischen Kämpfen eine Rolle spielen. Derjenige der sich im Saarrevier um ein Mandat bewirbt und prinzipieller Gegner der christlichen Gewerkschaften ist, hat eine Wahl nicht zu erwarten. So schwindet der Geist Stumm's dahin. Ein typisches Beispiel, wie groß der Einfluß unserer Gewerkschaften sein kann, wenn Rot an den Mann tritt, ist die völlige Schwermung in der Gewerkschaftsfrage von Seiten des Herrn v. Schubert, dem Chef der Stummischen Werke im Saarrevier. Selbiger Herr kandidiert eben dort selbst für den Reichstag. In einer Wählerversammlung in Reunfingen hat ihm ein evangelischer Kollege, der unseren Gewerkschaften angehört, über seine Stellungnahme zu diesen unterbreitet. Ergelien von Schubert führte daraufhin aus:

„Ich habe am 25. März vorigen Jahres bei einem Festessen in der Hüttenmesse vor den christlichen Gewerkschaften gewarnt, die damals gerade begannen, sich hier auszubreiten. Sie waren mir damals nicht genügend bekannt. Ich habe sie in dem Verdacht, daß sie nicht dem Besten der Religion politische Hegelei betreiben, das ist mir verdächtig worden. Ich nehme keinen Anstand, heute zu erklären, daß bisher von der Hüttenverwaltung noch nie etwas gegen die Gewerkschaften unternommen zu werden brauchte und daß sie in Zukunft auch nicht selbst besonders wohlwollend ihnen gegenüber verhalten werden, so lange die Gewerkschaften auf dem Boden, auf dem sie stehen, bleiben und sich einer legalen Form bedienen werden. Ich glaube, daß es einem vernünftigen und ersten Mann immer gelingen wird, auch über die auswärtigen Angelegenheiten sich zu verständigen und bis jetzt bereit mich mit Vertretern der Gewerkschaften in eingehende Unterhaltungen einzulassen und ich lade die Herren ein, mich gelegentlich anzukommen.“

Wir nehmen an, daß es nicht nur die Furcht vor dem Stimmverlust ist, die Ergelien von Schubert bewegt, zu gunsten der christlichen Gewerkschaften zu sprechen, sondern die christliche Ueberzeugung, daß ein Mißbehaltungsrecht der Arbeiter nur auf Grund einer starken Organisation, die auf dem Boden der herrschenden gesellschaftlichen Ordnung steht, gegeben ist. Solches aber führt der christlichen Gewerkschaftsbewegung eine Macht, mit der jeder einsichtige im öffentlichen Leben stehende Mann rechnen muß.

Soziale Rundschau.

Gewerbegerichtswahl in R. Gladbach. Glänzend hat die christliche Arbeiterschaft bei den kürzlich stattgefundenen Gewerbegerichtswahlen abgeschnitten. Da dieselbe zum ersten Male nach dem Proporzsystem stattfand, war anzunehmen, daß auch andere Arbeiterorganisationen einige Vertreter erhielten. Gewiß haben die jüd. und s.-d. Gewerkschaften damit gerechnet. Der Tag der Wahl kam und — „Genossen und Kirche“ mußten wie die betrübten Lehrlinge abgehen. Die Felle waren ihnen fastgehörig, kein Raubtat haben sie erlitten. Die christlichen Arbeiter brachten 3300, die jüd. 2900 und die s.-d. Arbeiter 330 Stimmen auf. Sämtliche Richter fallen so, trotz der Proporzwahl, den christlichen Arbeitern zu. Die Wahl ist ein Beweis für das Erstarken unserer Bewegung und auch dafür, daß die jüd. Dämme nicht in den Himmel wachsen, wenn nur unsere Kollegen auf dem Posten sind.

Heiligtumsbehandlung durch die Invalidenversicherung. Das Prinzip der „unbegrenzten Maßregel“, die Forderung für Kranke, um sie vor gänzlicher Erschöpfung ihrer Kräfte, vor der Invalidität zu bewahren, ist Anfangs von dem Versicherungsamt nicht nur für die Invaliden, sondern auch für die Kranken in Anwendung verfahren. Je mehr sich diese Gesichtspunkte in unserer modernen Zeit als Gesichtspunkte für die allgemeine Volksgesundheit erweisen, um so notwendiger werden besondere Maßnahmen gegen dieselbe. Ein Hauptanteil fiel dabei den Versicherungsanstalten zu, welche durch die nachstehende Zahl der Invaliden infolge der Schwundkraft am meisten getroffen wurden. Ein abschließendes Urteil über den Erfolg der Heiligtumsbehandlung für Krankenfranke liegt noch nicht vor. Jedemfalls hat die Heiligtumsbehandlung in zahlreichen Fällen vorübergehend geholfen, andererseits aber außerordentlich viel zur früheren Erkrankung der Kranken beigetragen und der zeitigen ärztlichen Behandlung hinderlich. Heute wird das Heiligtumsverfahren auch bei anderen Krankheiten, z. B. bei

Nach einer Statistik des Reichsversicherungsamtes haben sich die Aufwendungen für Heilverfahren bei den Versicherungsanstalten und den gleichgestellten Kasseneinrichtungen folgendermaßen gesteigert:

Jahr	Personen	Mk.
1897	10 564	mit einem Kostenaufwande von 2 011 148,75
1898	13 758	" " " " " 2 769 330,23
1899	20 039	" " " " " 4 056 975,19
1900	27 427	" " " " " 6 210 720,33
1901	32 710	" " " " " 7 912 219,85
1902	35 949	" " " " " 9 056 240,60
1903	43 593	" " " " " 11 501 205,47
1904	49 491	" " " " " 12 735 080,90
1905	56 420	" " " " " 14 448 005,02

insgesamt 1897 bis 1905: 289 951 mit einem Kostenaufwande von 70 700 926,34. Wenn auch nicht in gleicher Höhe, doch ebenfalls in steigendem Maße haben sich die Ausgaben bei der Unfallversicherung gesteigert.

Die Aufwendungen sämtlicher Träger der Unfallversicherung für Zwecke der Heilbehandlung ihrer Versicherten haben sich belaufen auf:

Jahr	Mk.
1897:	5 798 108
1898:	6 087 976
1899:	6 439 420
1900:	6 919 962
1901:	7 765 632
1902:	8 408 952
1903:	8 809 081
1904:	9 265 683

Die Unfallversicherung ist bezüglich der Aufwendungen für Heilverfahren also nicht unerheblich zurückgeblieben. Die Ursache liegt wohl wesentlich darin, daß die Invalidenversicherung ganz besonders mit der Tuberkulose zu tun hat, die ja einen großen Prozentsatz der Invaliden darstellt.

Von den im Jahre 1905 seitens der Invalidenversicherungsanstalten usw. lediglich wegen Tuberkulose in Krankenfürsorge genommenen 26 621 Personen sind nicht weniger als 22 997 in den zahlreichen Lungenschulen verpflegt worden, in denen die Grundzüge der „hygienisch-diätetischen“ Behandlung — ausgiebiger Genuß frischer Luft, reichliche Ernährung, regelrechte Hautpflege, gesundheitliche Erziehung — Anwendung finden. Unter den Säbern ist Sippfingring mit 1250 Tuberkulösen im Jahre 1905 (gegen nahezu 2000 im Jahre 1901, 1305 im Jahre 1902, 1450 im Jahre 1903 und 1119 im Jahre 1904) hervorzuheben.

Unter den anderen Krankheiten sind hervorzuheben die Behandlung Geschlechtskranker und Trinker.

Besondere Ermittlungen für das Jahr 1905 bezüglich der Heilbehandlung geschlechtskranker Arbeiter haben ergeben, daß insgesamt 449 Personen (1904: 473, 1903: 508, 1902: 333, 1901: 142), und zwar 411 Männer (1904: 434, 1903: 378, 1902: 244, 1901: 44) und 38 Frauen (1904: 39, 1903: 130, 1902: 89, 1901: 93), wegen Geschlechtskrankheiten in Heilbehandlung genommen sind. Geschlechtskranker Männer entfallen überwiegend auf die Versicherungsanstalt Berlin, die eine eigene Heilstätte für Geschlechtskranke errichtet und darin 361 Männer (1904: 338, 1903: 322, 1902: 204) behandelt hat.

In Trinkerheilanstalten haben 1905 insgesamt 55 Männer und 2 Frauen gegen 33 Männer im Jahre 1904, 23 im Jahre 1903 und nur 9 im Jahre 1902 Aufnahme gefunden.

Aus dem gewerblichen Leben.

Preisfestsitzung im Holzwarenhandel. Nach einer Meldung des „Hamburger Fremdenblatt“, leiteten die Großhändler der Holzwarenbranche in einer Konferenz zu Bernrieden (Harz) die Bildung einer Preisfestsitzung ein, da durch die Preisdrückerei der Ruin der Branche drohe.

Zusammenkunft in der Spielwarenindustrie. Eine „Vereinigung der Kaufleute und Fabrikanten der Spiel- und Holzwarenindustrie des Erzgebirges“ wurde am 23. Dez. v. J. in Podom gegründet. Die Vereinigung soll bereits die namhaftesten Unternehmungen der erzgebirgischen Spielwarenindustrie zu ihren Mitgliedern zählen. Hauptaufgabe der Vereinigung ist die Regelung der Verkaufsbedingungen. Nach dieser Seite hin wurde dann auch in der konstituierenden Versammlung gleich Folgendes festgelegt:

1. Die Preise verstehen sich ab Haus mit 2% Skonto für Barzahlung innerhalb 30 Tagen ab Rechnungsdatum oder 30 Tage netto. Eine Verpflichtung zum Einzahlen von Skonto-Absätzen wird nicht übernommen.
2. Hinsichtlich der Haftung über den vereinbarten Lieferungszeitraum, Abzüge aller Art, sowie Retoursendungen sind nicht gestattet.
3. Rüfen werden berechnet und bei Franco-Rücksendung in gutem Zustande innerhalb 4 Wochen nach vereinbartem Liefertermin zu 1% des berechneten Preises gutgebracht. Postersabgaben werden berechnet und nicht zurückgenommen.
4. Rücksendungen geschehen, sofern nichts anderes vereinbart, auf feste Rechnung und ohne Gewährung von Nachschuß.
5. Die Verlethungsspeisen bei Fernlieferung von Wagenladungen gehen zu Lasten des Empfängers.
6. Das Risiko des Transports trägt der Besteller. Bruch wird nicht vergütet.

Bestehender der Vereinigung ist Herr Paul Leonhard in Eppendorf i. Sa.

Künstlerische und wirtschaftliche Interessen im Kunstgewerbe. In Berlin für deutsches Kunstgewerbe sprach Prof. Dr. Coubert über „Künstlerische und wirtschaftliche Interessen im Kunstgewerbe“. Die Volkswirtschaft unterscheidet verschiedene Formen der Produktion. Die erste dient der Deckung des Eigenbedarfes, in ihr fallen Erzeuger und Verbraucher zusammen. Dieser Produktionsweise gehören die Kunstgewerbe an; in ihr hat es durch die Rücksicht auf die Bedürfnisse des Kunstgewerbes und lange Zeiten seiner Entwicklung an; in ihr hat es durch die Rücksicht auf die Bedürfnisse des Kunstgewerbes, die Deckung des Eigenbedarfes, in dem Erzeuger und Verbraucher, heißt aber im herkömmlichen

Kunsthandwerker noch immer den, der technische und künstlerische Eigenschaften in sich vereinigt. Dieser Periode gehören die Wille des Kunsthandwerkes an, die von der Gotik, Renaissance und Barock bis Rokoko und Empire geht. dritte Produktionsweise, die Deckung des Massenbedarfes, zum kapitalistischen Unternehmertum; Erzeuger und Verbraucher sind einander fremd. In dieser Epoche des Kunstgewerbes ist das künstlerische ausgegliedert; die Künstler haben anderen Aufgaben zugewendet. Jetzt, in der vierten, Deutschland seit etwa 10 Jahren währenden Epoche, werden sich die Künstler wieder dem Kunstgewerbe zu. Mancher widerstreitende Kräfte begehen dabei dem künstlerischen Wohl der Wunsch des Unternehmers nach Neuheit, das Verlangen des Publikums nach Wohlfeilheit und Reichhaltigkeit, das Verständnis zwischen Geschmack und Vermögen, der Wettbewerb der Künstler unter sich, die falsche Ansicht, daß alles Schmucke bereits schön sei, die Arbeitsteilung unserer Zeit, die Einheitlichkeit der Werkstoffung aufhebt. Dennoch ist für die Entwicklung des Kunstgewerbes notwendig, daß der Künstler erhalten bleibt. Eine Rückkehr zur alten Handwerkerorganisation ist ausgeschlossen; die Trennung zwischen dem geistig Schaffenden und dem technisch Ausführnden so problematisch sie ist, bestehen bleiben, weil der Künstler unserer Zeit nicht wieder Handwerker alten Stils werden kann. Aber das Ziel muß sein, daß das Kunstgewerbe in die weitesten Kreise dringt und ihnen eine behagliche Umgebung schafft. Der kapitalistische Unternehmer soll nicht eingeschaltet werden, aber der Künstler soll ihn, den technischen Arbeiter und das Publikum mit seinem Geiste erfüllen, die kunstgewerblich gute Ausgestaltung unserer Umgebung Selbstverständlichkeit wird, über die niemand mehr ein Urteil verliert.

Literarisches.

„Was der Arbeiter vom bürgerl. Geschbuch wissen muß“ betitelt sich ein vom Oberamtsrichter Brandis herausgegebenes Werkchen. Dasselbe enthält jedoch nicht nur die wissenschaftlichen Bestimmungen des B. G. B., sondern bemüht sich auch in klarer und verständlicher Weise dem Arbeiter ein Führer zu sein in Fragen, die auch den Arbeiter zwingen, sich mit den gesetzlichen Maßnahmen des öffentlichen Rechts zu befassen. Das Werkchen, welches 1,10 Mark kostet, sollte insbesondere in keiner Arbeiterbibliothek fehlen.

Was muß jeder Steuerzahler wissen? Unter diesem Titel ist jetzt die 3. Auflage eines von dem Gemeindevorstand beannten Glasfer verfaßten Buches erschienen, das durch alle Buchhandlungen und durch den Verlag Schyrich-Frankfurt a. M. I. kartoniert für nur 1,10 Mk. und in gutem Einband für nur 1,60 Mk. postfrei bezogen werden kann. Wir können das Werkchen, das in jedermann verständlicher Weise an der Hand von Beispielen und von Mustern zu Verurteilungen, Beschwerden, Klagen, Klagen und Bittschriften alles Notwendige über Staats-, die Gemeinde- und die Kreis Einkommensteuer bringt, besonders empfehlen, weil die am 19. Juni v. J. in Kraft tretende Novelle zum Staatseinkommensteuergesetz die wichtigsten und bekanntesten Bestimmungen über die Einkommensberechnung die Abzüge, die Steuerbefreiung und das Rechtsmittelverfahren neben vielen anderen wesentlich verändert hat.

Alle an dieser Stelle angezeigten Schriften, sind auch bei der Buchhandlung des Generalsekretariats der christl. Gewerkschaften, Göln, Palmstr. 14 zu beziehen.

Briefkasten.

Berichte aus Düren, Göttingen, Gladbeck und Beddau für die nächste Nummer zurückgestellt werden.

Hinweis.

Einen Teil der Auflage dieser Nummer liegt ein Prospekt der bekannten Firma Paul Horn, Chemische Fabrik, Hamburg bei, auf den auch an dieser Stelle besonders hingewiesen sei.

Zahlstelle Meisse.

Sonnabend, den 9. Februar, abends 8 Uhr
General-Versammlung
im schwarzen Schiff.
Tages-Ordnung:
1. Jahresbericht und Kassenrechnung.
2. Neuwahl des Vorstandes.
3. Berichtbeleg.
Die Kollegen werden gebeten vollständig zu erscheinen.

Zwei bis drei tüchtige Möbelschreiner

sofort gesucht.
Zu melden bei Kollegen R. Sell
Offenbach a. M., französl. Gäßchen 12.

Tüchtige Möbelschreiner

werden nach Zürich (Schweiz) gesucht. Auskunft erteilt der christliche Arbeitersekretariat, Roimarktstr. 5 Zürich III.

15 tüchtige Schreiner

werden auf polierte Möbel gesucht. Arbeitsnachweis des kath. Arbeitersekretariats, Wiesbaden, Dogheimstr. 11.

Welcher Kollege

ist in der Lage, eine Firma nachhaft zu machen die als Spezialität innere und äußere Maßkörper für Rechenmaschinen liefert. Auskunft wird gegen Erstattung der Kosten erteilt an J. P. K. Reiser-Kantner, Pariserstraße 166.